

abzuwarten und so diesem Verfahren auch den zeitlichen Vorrang einzuräumen, ist ohne Weiteres zulässig.<sup>1</sup>

- 11 Für eine Ungeeignetheit können rechtskräftige **Verurteilungen** wegen strafbarer Handlungen erhebliche Relevanz haben (BSG vom 5.5.2010<sup>2</sup>). Ob solche Urteile vorliegen, kann sich aus dem polizeilichen Führungszeugnis oder aus entsprechenden Mitteilungen von Strafverfolgungsbehörden ergeben. Die so gewonnenen Erkenntnisse können in das Zulassungsverfahren eingeführt und dann zugrunde gelegt werden; der Zulassungsausschuss muss die Tatsachenfeststellungen nicht noch einmal seinerseits treffen. Das gilt außer für Strafurteile auch für **Strafbefehle** (vgl. zusammenfassend BSG vom 27.6.2007<sup>3</sup>). Verwertbar sind hingegen nicht Erkenntnisse aus einem eingestellten Ermittlungsverfahren.<sup>4</sup> Andererseits sind auch Erkenntnisse verwertbar, die in Verwaltungsverfahren getroffen wurden; wie z.B. Feststellungen in bestandskräftigen **Wirtschaftlichkeitsprüfbescheiden** (BSG vom 27.6.2007<sup>5</sup>). Dies gilt auch für Erkenntnisse aus einem im Verwaltungsverfahren abgeschlossenen **Vergleich** (vgl. BSG vom 9.12.2004<sup>6</sup>).

1 So handhaben es die Zulassungsausschüsse vielfach in Fällen mit strafrechtlicher Komponente. Vgl. dazu BSG vom 2.4.2014 – B 6 KA 58/13 B, juris Rn. 14: „*Dass die Zulassungsgremien ... den rechtskräftigen Abschluss des Strafverfahrens abgewartet haben, ist nicht zu beanstanden ... (mit weiteren Ausführungen).*“

2 B 6 KA 32/09 B, MedR 2011, 307 = juris, jeweils Rn. 9. Vgl. auch BSG vom 2.4.2014 – B 6 KA 58/13 B, juris Rn. 17. Vgl. ferner BSG vom 7.6.2007 – B 6 KA 20/07 B, juris Rn. 12. – Vgl. weiterhin LSG Hamburg vom 7.10.2015 – L 5 KA 20/13, juris Rn. 68.

3 B 6 KA 20/07 B, juris Rn. 12 m.w.N.

4 Vgl. LSG Berlin-Brandenburg vom 14.3.2012 – L 7 KA 58/08, Rn. 42 betr. Disziplinar-Geldbuße. Vgl. auch – zum Opferentschädigungsrecht – BSG vom 22.6.1988 – 9/9a RVg 3/87, BSGE 63, 270 = SozR 1500 § 128 Nr. 34 = USK 8879 = juris Rn. 11 ff., 17. – Vgl. aber auch BSG vom 2.9.2009 – B 6 KA 14/09 B = juris Rn. 18: Die Einstellung eines Strafverfahrens bedeutet nur, dass auf dieses selbst bzw. auf dessen Bewertung nicht zurückgegriffen werden darf. Die Verfahrenseinstellung hindert nicht eine unabhängig davon erfolgende eigene Bewertung durch den Zulassungs- bzw. Berufungsausschuss und/oder durch das SG und/oder das LSG: Vgl. nachfolgend Rn. 12 am Ende. Diese dürfen aus der wiederholten Anbahnung intimer Kontakte mit Patientinnen auch dann die Ungeeignetheit folgern, wenn darin keine Straftat lag, und auch dann, wenn das eingeleitete Ermittlungsverfahren eingestellt worden ist.

5 B 6 KA 20/07 B, juris Rn. 12 m.w.N.

6 B 6 KA 70/04 B, juris Rn. 8. Vgl. auch BSG vom 2.4.2014 – B 6 KA 58/13 B, juris Rn. 17.

Der Zulassungsausschuss ist **verpflichtet**, solche in anderen Verfahren **12**  
gewonnenen und rechts- bzw. bestandskräftig feststehenden **Erkennt-**  
**nisse zu berücksichtigen**. Er hat keine Befugnis, sie unberücksichtigt  
zu lassen; ihm steht insoweit **kein Beurteilungsspielraum** zu. Der  
Zulassungsausschuss kann höchstens dann, wenn ihm noch andere  
weitere gegenläufige Erkenntnisse vorliegen, zu der Bewertung gelan-  
gen, dass diesen anderen Erkenntnissen ein höheres Gewicht  
zukomme und aus diesem Grund dann zu einem anderen Ergebnis  
gelangen, als wie sich aus dem rechtskräftigen Strafurteil oder  
bestandskräftigen Bescheid ergeben würde. Soweit **Verfahren noch**  
**rechtshängig** sind<sup>1</sup>, bewirkt dies **keine Sperre** derart, dass die dort  
relevanten – evtl. umstrittenen – Tatsachen unverwertbar seien. Viel-  
mehr können diese in anderen Verfahren eingeführt werden, müssen  
dann aber hier eigenständig gewürdigt werden.

Die Ungeeignetheit kann sich auch aus solchen Vorgängen ergeben, die **13**  
bereits längere Zeit zurückliegen. Allerdings darf auf Vorgänge, die **länger**  
**als fünf Jahre** zurück liegen, nur dann zurückgegriffen werden, wenn sie  
**besonders gravierend** sind (vgl. BSG vom 19.7.2006<sup>2</sup>, vom 5.5.2010<sup>3</sup> und  
vom 2.4.2014<sup>4</sup>) oder aus einem anderen Grund fortwirken (vgl. BSG vom  
19.7.2006<sup>5</sup> und vom 2.4.2014<sup>6</sup>).<sup>7</sup> – Vgl. auch § 27 Rn. 34.

Ein Gericht kann auch dann noch zum Ergebnis der Ungeeignetheit **14**  
kommen, wenn die **Belege** dafür **erst im Verlauf des Verfahrens**  
zustande kommen, z.B. aufgrund eines erst dann ergehenden rechts-  
kräftigen Strafurteils: Wird um die Rechtmäßigkeit einer Zulassungs-

1 Oder eingestellt worden sind (hierzu s.o. Rn. 11 mit dortiger Fußnote).

2 B 6 KA 1/06 R, SozR 4-2500 § 95 Nr. 12 = MedR 2007, 131 = USK 2006-117 = juris Rn. 14 am Ende.

3 B 6 KA 32/09 B, MedR 2011, 307 = juris Rn. 9 am Ende.

4 B 6 KA 58/13 B, juris Rn. 11 am Ende.

5 B 6 KA 1/06 R, SozR 4-2500 § 95 Nr. 12 = MedR 2007, 131 = USK 2006-117 = juris Rn. 14 am Ende.

6 B 6 KA 58/13 B, juris Rn. 11 am Ende.

7 Vgl. hierzu auch BSG vom 2.9.2009 – B 6 KA 14/09 B = juris Rn. 16: Hier lagen zwar einige der Verfehlungen (Anbahnung intimer Kontakte mit Patientinnen) bereits sehr lange zurück; auch sie konnten aber aufgrund des „Fortsetzungszusammenhangs“ durch weitere gleichartige – noch innerhalb des Fünf-Jahres-Zeitraums gelegene – Verfehlungen in die Gesamtbetrachtung der Ungeeignetheit einbezogen werden.

entziehung gestritten, so müssen alle **nachträglichen Umstände bzw. Tatsachen**, die noch während des Verwaltungsverfahrens – spätestens im Verlaufe des Verfahrens vor dem Berufungsausschuss – eingetreten sind, berücksichtigt werden; wird um den Anspruch auf Zulassung gestritten, so müssen auch alle weiteren nachträglichen Umstände bzw. Tatsachen, die erst während des Gerichtsverfahrens eintreten, berücksichtigt werden. Ein Beurteilungsspielraum in dem Sinne, dass der Ausschuss oder das Gericht sie eventuell unberücksichtigt lassen könne, besteht nicht.<sup>1</sup>

- 15 Die Ungeeignetheit für die vertragsärztliche Tätigkeit kann sich auch aus **Vorgängen** ergeben, die sich **außerhalb der vertragsärztlichen Tätigkeit** ereignet haben. Dies gilt zunächst z.B. bei **Straftaten**, deren Art und Weise gleichermaßen im Rahmen der vertragsärztlichen Tätigkeit geschehen könnten und hier Patienten oder das System der vertragsärztlichen Versorgung gefährden würden (z.B. Sexualdelikte, Gewalt- oder Vermögensdelikte). Das gilt weiter auch bei ärztlichem Tun, wenn dieses **zwar zeitlich vor der Kassenzulassung lag, sich aber doch inhaltsgleich** bei vertragsärztlichem Tun zutragen könnte (vgl. BSG vom 2.9.2009<sup>2</sup>). Eine Verwertbarkeit für die Beurteilung der vertragsärztlichen Eignung ist auch dann anzunehmen, wenn ein Arzt im Rahmen seiner **privatärztlichen Tätigkeit** sich gravierende Verfehlungen zuschulden kommen lässt, die gleichermaßen im vertragsärztlichen Kontext gewichtige Pflichtverletzungen darstellen würden (z.B. schwerwiegende Verstöße gegen Dokumentationspflichten, mehrfache erhebliche Behandlungsfehler – vgl. BSG vom 8.7.1981<sup>3</sup>). Schließlich

1 LSG Nordrhein-Westfalen vom 29.3.2006 – L 11 KA 94/05, juris Rn. 9 i.V.m. Rn. 23: „... auch die gegen die Eignung sprechenden Tatsachen, die erst während des Verfahrens eingetreten sind, berücksichtigt werden *m ü s s e n*.“

2 B 6 KA 14/09 B = juris Rn. 2 f. i.V.m. 14, 16, 18 mit folgender Fallstruktur: Ein Psychotherapeut hatte bei seiner früheren Ausübung der Heilkunde nach dem Heilpraktikergesetz und bei seinen anschließenden Tätigkeiten im sog. Delegationsverfahren mehrmals intime Kontakte mit Patientinnen angebahnt. Dies wurde seinem späteren Antrag auf Kassenzulassung zu Recht als Ungeeignetheit entgegengehalten.

3 6 RKA 17/80 = USK 81172 S. 707 = juris Rn. 29 und 32. – Bezugnahme hierauf in BSG vom 28.4.2004 – B 6 KA 130/03 B, BeckRS 9999, 06243 (hier allerdings mit dem Datum der Vorinstanz vom 8.10.2003 genannt) betr. Verurteilungen wegen Vermögensdelikten und Nichtabgabe eidesstattlicher Versicherungen.

gibt es **Verhaltensverstöße**, die zwar nicht im Rahmen der eigentlichen ärztlichen Tätigkeit erfolgen, aber doch aus Anlass bzw. **bei Gelegenheit des Betriebs der Arztpraxis** geschehen und sog. Nebenpflichtverletzungen darstellen, die eine Ungeeignetheit im Sinne des § 21 begründen können: So gab es den Fall, dass ein Zahnarzt in den Umkleide- und Duschräumen der Arzthelferinnen eine versteckte Kamera installiert hatte.<sup>1</sup> – Vgl. zu alledem auch § 27 Rn. 27 und 69.

## V. Falltypen für Ungeeignetheit

§ 21 enthält für einen Fall der Ungeeignetheit eine ausdrückliche Regelung: Gemäß § 21 S. 2 ist eine Ungeeignetheit des Arztes insbesondere dann zu vermuten, wenn er innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Antragstellung **drogen- oder alkoholabhängig** war (zur Arzneimittelsucht vgl. BSG vom 28.5.1968<sup>2</sup>). Der **Begriff Drogen** ist weit zu verstehen; darunter fallen alle Arzneimittel und Stoffe mit **Suchtpotential**, unabhängig von der Verschreibungsfähigkeit und unabhängig davon, ob sie vom Betäubungsmittelgesetz erfasst werden.<sup>3</sup> Drogen- oder alkohol„abhängig“ ist abzugrenzen vom nur einmaligen bzw. gelegentlichen Konsum, soweit dieser noch keine Sucht begründet.<sup>4</sup> 16

1 In diesem Fall lag keine Verletzung „vertrags(zahn)ärztlicher“ Pflichten vor, aber doch ein Verhalten, das eine Ungeeignetheit im Sinne des § 21 Ärzte-ZV begründen dürfte: Vgl. das Verfahren beim *Thüringer LSG* L 11 KA 807/16, das die Verhandlung und ggf. Entscheidung für den 20.11.2017 vorgesehen hat (die Vorinstanz hatte die Klage gegen die Zulassungsentziehung abgewiesen, allerdings unter dem Gesichtspunkt der gröblichen Verletzung vertrags(zahn)ärztlicher Pflichten und nur nebenbei auch unter dem der Ungeeignetheit: *SG Gotha* vom 23.3.2016 – S 7 KA 2580/15). – Zum Verhältnis zwischen der Ungeeignetheit gemäß § 21 und gröblicher Pflichtverletzung gemäß § 95 VI 1 SGB V vgl. auch unten Rn. 27 ff.

2 6 RKa 9/67, SozR Nr. 5 zu § 368b RVO = USK 6827 = NJW 1968, 2318 = juris. Vgl. auch BSG vom 28.3.1958 – 6 RKa 1/57, BSGE 7, 129 = DÄ 1959, 176 = NJW 1958, 1700 = DVBl. 1959, 208 = juris. Vgl. ferner BSG vom 31.8.2006 – B 6 KA 37/06 B = BeckRS 2007, 43554 (Verwerfung einer Revisions-Nichtzulassungsbeschwerde).

3 Vgl. *Ladurner Ärzte-ZV/Zahnärzte-ZV*, 2017, § 21 Rn. 18.

4 Zur Abgrenzungsproblematik vgl. *Schleswig-Holsteinisches LSG* vom 31.3.2009 – L 4 B 542/08 KA ER – GeSR 2010, 95 = NZS 2009, 695 = Breithaupt 2009, 579 = juris Rn. 27 ff.